

## AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

Postanschrift 1014 Wien, Postfach 6

Fernschreibnummer 13 4145, Telefax (0 22 2) 531 10 2060

Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr und 16 - 19 Uhr

Wien 1, Herrengasse 11 - 13

zu erreichen mit:

U 3 (Haltestelle Herrengasse)

2A, 3A (Haltestelle Michaelerplatz)

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales  
Stubenring 1  
1014 Wien

BUNDESGESETZENTWURF	
Zi. 84	-GE/19 p3
Datum: 2. DEZ. 1993	
Verteilt 3.12.93 Mon	

D. Kapek

LAD-VD-9001/79

Beilagen

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug  
52.335/11-A/93

Bearbeiter (0 22 2) 531 10  
Mag. Kleiser

Durchwahl  
2108

Datum  
30. Nov. 1993

Betrifft  
Änderung des Landarbeitsgesetzes 1984

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Landarbeitsgesetz 1984 geändert wird, wie folgt Stellung zu nehmen:

## 1. Zu § 7 Abs. 5 des Entwurfes:

Im Interesse des Dienstnehmers, der über seine wesentlichen Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis schriftlich informiert werden soll, ist eine Verweisung auf gesetzliche Bestimmungen, Normen der kollektiven Rechtsgestaltung oder betriebsübliche Reiserichtlinien ungenügend. Diese sollten dem Dienstschein im Volltext angeschlossen werden, um dem Dienstnehmer einen Überblick über seine Rechte und Pflichten zu ermöglichen.

## 2. Zu § 39a Abs. 4 des Entwurfes:

Es müsste richtig heißen: "Der Dienstnehmer kann dem Übergang seines Dienstverhältnisses ... widersprechen".

Es ist fraglich, ob durch dieses Widerspruchsrecht tatsächlich eine günstigere Rechtslage für den Dienstnehmer gegeben ist,

- 2 -

da durch den Widerspruch das Dienstverhältnis zum Veräußerer trotz grundsätzlichem Betriebsübergang unverändert aufrecht bleibt.

3. Zu § 39a Abs. 6 des Entwurfes:

Aus Anlaß dieser Bestimmung wird auf die für den Landesgesetzgeber problematischen dynamischen Verweisungen auf Bundesrecht im Entwurf hingewiesen.

Wenn die vom Grundsatzgesetzgeber aufgestellten Grundsätze auch hinsichtlich der Verweisungen auf Bundesrecht ausgeführt werden sollen, so muß der Ausführungsgesetzgeber dynamisch verweisen. Da es sich dabei um eine Verweisung auf Normen anderer normsetzender Autoritäten handelt, sind solche Verweisungen verfassungswidrig.

Es wird daher angeregt, zu prüfen, welche Verweisungen auf Bundesrecht unbedingt notwendig sind und diese sodann statisch zu gestalten.

4. Zu § 158 Abs. 1 Z. 4 des Entwurfes:

In dieser Bestimmung wird auch für EWR-Bürger auf das Wahlrecht zu den österreichischen gesetzgebenden Körperschaften verwiesen. Zur besseren Klarstellung dieser Absicht wird folgende Formulierung vorgeschlagen: "4. außer der österreichischen Staatsbürgerschaft alle sonstigen Voraussetzungen für das Wahlrecht zu den österreichischen gesetzgebenden Körperschaften erfüllen bzw. erfüllen würden".

- 3 -

**5. Zu § 210 Abs. 3 Z. 2 des Entwurfes:**

Diese Bestimmung sollte - wie die Textgegenüberstellung zeigt - verständlicher gefaßt werden.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann

- 4 -

LAD-VD-9001/79

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen  
(zu Handen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer
5. an das Büro des Bundesministers für Föderalismus und Verwaltungsreform

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

